

Demokratische Rechte in Bayern eingeschränkt



Mareike Reichl, Isabel Schmuck, Julian Kalks, Svenja Fluhrer von der GJ-Bamberg

Photo: GJ

Die Grüne Jugend Oberfranken setzte sich bei ihrer letzten Mitgliederversammlung mit dem neuen am 1. Oktober in Kraft tretenden Versammlungsrecht in Bayern auseinander.

Wir vertreten die Meinung, dass das neue Gesetz an vielen Stellen sehr ungenau formuliert ist, was viel Interpretationsspielraum lässt. Dadurch können Vorschriften zum Nachteil der VeranstalterInnen und der TeilnehmerInnen ausgelegt werden. Es können etwa ein-

heitliche Optik – ob Flaggen, Schilder oder Kleidung – gegen das neue Militanzverbot verstoßen, gerade wenn diese eventuell eine einschüchternde Wirkung haben könnten. Zusätzlich zu vielen anderen zweifelhaften Änderungen, können nun auch schon zwei Personen, welche sich laut in der Öffentlichkeit unterhalten, als Versammlung eingestiegen und stimmte – gegen die GAL – dem Kauf zu. Zur gleichen Zeit übrigens haben (aus Geldmangel) Stadtratsmehrheit und Oberbürgermeister die noch im Januar vollmundig angekündigte 1-Million-Investition in Klimaschutzmaßnahmen deutlich zusammengeschnürt und größtenteils auf die nächsten Jahre verschoben. Wo das Geld stattdessen hingewandert ist? Na, in die Mußstraße!

Oberbürgermeister ziehen könnte). Der Stadtrat wurde informiert, erst nachdem der Umzug bereits stattgefunden hatte. Und mit Umzug und Kaufoption hat der OB eine Investition von 1,7 Mio Euro so weit getrieben, dass der Stadtrat regelrecht überrumpelt war.

Die Stadtratsmehrheit hat sich's trotzdem gefallen lassen, ist auf das „starke“ Muskelspielchen eingestiegen und stimmte – gegen die GAL – dem Kauf zu. Zur gleichen Zeit übrigens haben (aus Geldmangel) Stadtratsmehrheit und Oberbürgermeister die noch im Januar vollmundig angekündigte 1-Million-Investition in Klimaschutzmaßnahmen deutlich zusammengeschnürt und größtenteils auf die nächsten Jahre verschoben. Wo das Geld stattdessen hingewandert ist? Na, in die Mußstraße!

Tricky Dani und ihre Spielhölle

Das Stadtratsmandat ist bekanntlich ein Ehrenamt – was eine gewisse Selbstlosigkeit impliziert – also den Willen, sich zum Wohle der Gemeinschaft einzusetzen und nicht im eigenen Interesse. Deshalb sieht die Bayerische Gemeindeordnung bei Entscheidungen nicht mitberaten und mitstimmen dür-

züglich geschlossener Räume. „Eine Ausweitung des Versammlungsrechts auf geschlossene Räume sehen wir sehr kritisch. Verfassungsrechtlich ist

dies mehr als bedenklich“, erklärt GJ-Oberfranken Sprecherin und GJ-Bamberg Beisitzerin Mareike Reichl. Wie weit dürfen unsere Freiheiten und Rechte eingeschränkt werden? Wie weit lassen wir sie uns von der schwarzen Macht einschränken?

Das neue Gesetz ist eine weitere Belastung für die Umsetzung der Meinungsfreiheit. Angeblich ein weiterer Schritt zu unserer Sicherheit, doch wie der amerikanische Schriftsteller und Politiker, Benjamin Franklin schon sagte: „Wer die Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“

Svenja Fluhrer (Sprecherin von GJ-Bamberg und GJ-Oberfranken)

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE
Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

Zeit für eine schöne Tasse Tee

Teegießerei
am Pfahlplätzchen

April - September
Dienstag - Samstag 11 - 18 Uhr
Sonn- und Feiertags 14 - 18 Uhr

Oktober - März
Dienstag - Samstag 11 - 19 Uhr
Sonn- und Feiertags 14 - 18 Uhr

Pfahlplätzchen 2 / 96049 Bamberg / Tel: 0951 - 297 25 95 / www.teegieserei.de

Grüne Jugend will Partizipation leichter machen

Junges politisches Engagement wird einem schwer gemacht. „Politikverdrossenheit entgegenwirken“ hört mensch von allen Seiten. Aber dann können wir als Grüne Jugend einen Info-Stand oder eine Aktion nicht alleine anmelden, sondern brauchen vom Ordnungsamt aus eine volljährige Person, die ständig dabei ist. Wir haben aber eigene Inhalte und brauchen keine AufpasserInnen. Wir sind die Grüne Jugend Bamberg, und wir wollen politisch aktiv sein!

Allen noch so großen Zweifeln zum Trotz ist es mittlerweile neun Monate und mehrere Aktionen her, dass wir uns gegründet haben – und engagiert dabei sind wir immer noch. Auch wenn wir ein eher klei-

ner Ortsverband sind, vertreten wir unsere Meinung im Bezirks- und sogar im Landesvorstand selbstbewusst! Der Vorstand der Grünen Jugend Oberfranken wird zum Beispiel zu mehr als der Hälfte von der Grünen Jugend Bamberg gestellt.

Nur an der Volljährigkeit scheinen wir zu „scheitern“ – unser Altersdurchschnitt liegt bei ungefähr 15 Jahren. Aber wir werben fleißig, und was noch nicht ist, kann ja noch werden. Für die Zukunft planen wir auf jeden Fall vermehrt Aktionen, auch für den Landtagswahlkampf. Denn unserer Meinung nach braucht politisches Engagement kein Mindestalter.

Isabel Schmuck (Beisitzerin im Vorstand GJ Bamberg, Polit. Geschäftsführerin der GJ Oberfranken)

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenauflauf
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Kontakt zur Grünen Jugend:
gj.bamberg@googlemail.com

Die GJ Bamberg trifft sich jeden ersten Donnerstag im Monat um 16.15 Uhr im GAL-Büro am Unteren Kaulberg 22.

Ludwig Kestler

Solarthermie
Photovoltaik
Regenwassernutzung
Heizungsbau
Sanitär

Kundendienst Öl & Gas

Trattstr. 5 • 91362 Pretzfeld • Tel. (0 91 94) 4593
Fax (0 91 94) 79 55 18 • Mobil (01 71) 5 88 02 42

RATHAUSMA 99Z IN

Meldung nach Vollzug: Umweltamt aus Zentrale verbannt

Das war kein guter Abschiedsstil, den sich der Oberbürgermeister da vom scheidenden Stadtrat geleistet hat – und es war wenig vielversprechend für die künftige Stadtratsperiode. In der letzten Sitzung des „alten“ Bausenats stellte der OB die StadträtInnen vor vollendete Tatsachen. Wie die Bausenatsmitglieder offiziell erfuhren – wenn sie nicht vorher schon den Rathausflurfunk gehört hatten – waren die MitarbeiterInnen des Umweltamts in ein neu angemietetes Haus in der Mußstraße 28 umgezogen. Der OB hatte – ohne mit dem Stadtrat Rücksprache zu halten – einen Mietvertrag unterschrieben, und diesen gleich noch um eine Kaufoption auf das gesamte Objekt erweitert. Für den Kauf brauchte er allerdings nun doch die Zustimmung des Stadtrat, denn immerhin handelte es sich um eine Ausgabe von mehr als 1,7 Mio Euro.

Somit wurde also das Umweltamt von der Rathauszentrale am Maxplatz in eine Außenstelle am Rande der Innenstadt verbannt (woraus man freilich einige Schlüsse über die Wertigkeit des Amtes beim

ziehen ihnen (oder einer von ihnen vertretenen Person) einen persönlichen Vorteil bringen könnten. Das gilt auch für Architekten, die an dem zu entscheidenden Bauvorhaben beteiligt sind. So wurde das im Bamberger Stadtrat auch immer gehandhabt – das war Ehrensache.

Aber das war vor „Tricky Dani“ – Daniela Reinfelder, neu gewählte CSU-Stadträtin, Bürgervereinsvorsitzende in Gaustadt und rührige Architektin. Aus ihrer Feder stammen die Pläne zur Erweiterung einer Spielothek in der Königsstraße, die im Juli als Bauantrag dem Bausenat vorlegt wurden. Und sie verhielt sich keineswegs passiv, als der umstrittene Tagesordnungspunkt (der bereits bei zwei Bausenatssitzungen vorher keine Mehrheit gefunden hatte) abgestimmt wurde, sondern erhob wie selbstverständlich für „ihr“ Projekt die Hand.

Zuvor hatte sie allerdings (durch einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung!) die rechtliche Lage prüfen lassen. Und die war – formal – tatsächlich auf ihrer Seite. Als Architektin hatte sie laut Vertrag „nur“ den Auftrag zur Planerstellung, und dieser war mit Vorlage der Pläne, also zum Zeitpunkt der Abstimmung im Bausenat schon beendet. Deshalb, so die juristische Schlussfolgerung, könne

sie keinen Vorteil aus der Genehmigung mehr ziehen. Ganz schön tricky, oder?

Was „Tricky Dani“ bei der Bausenatssitzung natürlich nicht verraten hat, ist, welcher Architekt oder welche Architektin denn den Anschlussauftrag – nämlich zur Ausführung des Erweiterungsbaus – bekommt. Die 99Z-Redaktion ist da ganz schön gespannt ...

Hinterhalt gefährdet demokratisches Verfahren zum Masterplan Innenstadt

Was macht man in festgefahrenen Situationen, in denen nichts mehr vorwärts geht, z. B. in der Bamberger Verkehrspolitik? Seit Jahren gibt es Stillstand, weil die Fronten verhärtet sind zwischen denen, die den Verkehr weitgehend aus der Innenstadt heraushalten wollen, und denen, die nach noch mehr Parkplätzen rufen. Die Stadt hat sich dazu etwas einfallen lassen: den Masterplan Innenstadt. Dieser Plan sollte von ausgewählten InteressenvertreterInnen und BürgerInnen der Stadt in einem moderierten Verfahren, begleitet von externen Profis, erarbeitet werden. Ziel war eine ausgewogene Zielsetzung für die Stadtplanung, die dem Stadtrat in den

vergangenen Jahrzehnten nur sehr unzureichend gelungen ist. Über mehrere Monate hinweg trafen sich regelmäßig 39 TeilnehmerInnen und diskutierten in Arbeitsgruppen die Ziele für die Innenstadt. Auf sieben Oberziele einigten sie sich und formulierten eine gemeinsame Konvention, die bei der Abschlussveranstaltung feierlich von allen unterzeichnet werden sollte.

Doch dann sorgte Stadtmaking-Geschäftsführer (und „Bamberger Realisten“-Stadtrat) Klaus Stieringer für einen Eklat. Stieringer, in der Vergangenheit einer der lautesten Rufer nach mehr Parkplätzen, ließ nach der Schlussabstimmung des Konventionstextes außerhalb der Versammlung einen Passus aufnehmen, in dem festgehalten werden sollte, dass eine Gruppe von Teilnehmern das Oberziel 7 („Den Motorisierten Individualverkehr deutlich beruhigen und reduzieren“) ablehnt. Dieses das gesamte Verfahren kompromittierende Vorgehen wurde – eher zufällig – durch einige andere Teilnehmer beim Gelesen entdeckt und konnte deshalb noch rückgängig gemacht werden. Offensichtlich waren die Vertreter des Gegenotums nicht in der Lage gewesen, im laufenden Verfahren ihren Standpunkt einzubringen, und wollten nun auf frag-

würdige Weise ihre Interessen einbringen und so die Mediationsergebnisse verfälschen.

Unterm Strich blieb, dass die Minderheit mit ihrer Forderung nach einer „Tiefgarage unter dem Schönleinsplatz“ als abweichende Meinung in der Konvention notiert ist, obwohl zuvor die überwiegende Mehrheit diese Maßnahme ausdrücklich nicht gewünscht hatte. Festzuhalten bleibt aber auch, dass ein Mitglied des Stadtrates ein demokratisches und vom Stadtrat beauftragtes Verfahren zu umgehen und damit zu diskreditieren versuchte.

Dennoch bieten die Ergebnisse des Mediationsverfahrens eine gute Grundlage für einen Neuanfang in der Bamberger Verkehrspolitik. Von dem geschilderten Zwischenfall abgesehen wurden Fronten überwunden und eher die Gemeinsamkeiten herausgearbeitet als die Gegensätze gepflegt. Es kommt jetzt darauf an, welche Umsetzungsschritte Stadtverwaltung und Stadtrat aus den Ergebnissen ableiten. Immerhin hat eine Mehrheit im Stadtrat hoffentlich erkannt, dass es diese Chancen zu nutzen gilt. In einer gemeinsamen Pressemitteilung von CSU, SPD und GAL bekennen diese sich zu den Zielen des Masterplans Innenstadt.